

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlich: ...
Druck: ...
Verlag: ...

Preis: ...
Abonnement: ...
Einzelpreis: ...

Anzeigenpreise: ...
Kleinanzeigen: ...
Lagerung: ...

Nr. 108

Mittwoch, den 12. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Nach einer Meldung des Temps erhobt Frankreich infolge der vertragswidrigen Verfassung der deutschen Wehrmacht auf ihrem nicht genehmigten Bestand am 15. Mai seine Besatzungsarmee um weitere 21 000 Mann.

Der deutschen Delegation in Paris ist eine neue Note über die sogenannten Kriegsmissetaten überreicht worden.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge trat in Paris das französisch-deutsche Schiedsgericht zusammen, das Kriegsschäden von Privatpersonen beider Staaten feststellen soll.

Massenandrangungen von Fernsprechanlagen infolge der neuen Fernsprechanlagen und der Telephon, Zwangsanleihe werden aus verschiedenen Städten angekündigt.

Wie der Schaubund für die Grenz- und Auslandsdeutschen nach Essen mitteilt, findet laut Benachrichtigung, die er erhalten, die Volksabstimmung im Osten am 12. Juli statt.

Zwischen Sowjetrußland und den türkischen Nationalisten ist ein Militärvertrag für 20 Jahre abgeschlossen worden.

Arbeiterchaft und Reichstagswahlen.

Von Gustav Hartmann,
Mitglied der Nationalversammlung.

Noch niemals hat das deutsche Volk bei den Wahlen zu öffentlichen Körperschaften eine so große Verantwortung zu tragen gehabt, wie das bei den kommenden Reichstagswahlen der Fall sein wird. Von dem Ergebnis dieser Wahlen hängt das Geschick unseres Landes und unseres Volkes ab. Die Parteien, die ihrer Verantwortung nach die stärkeren sein werden, sind infolge des nun bestehenden parlamentarischen Systems dazu berufen, einen entscheidenden Einfluß auf die Bildung der Regierung auszuüben, und sie werden von dieser Befugnis auch entsprechenden Gebrauch machen. Das deutsche Volk hat es nunmehr durch die Abgabe der Stimmzettel am 6. Juni in der Hand, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, welche Parteien an der Regierungsbildung beteiligt sein sollen. Der Stimmzettel ist der Wegweiser dazu, aus welchen Parteigruppierungen die zukünftigen Minister hervorgehen werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Arbeiterchaft ihrem Stärkeverhältnis entsprechend, dabei ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Sie ist unter den neu erkundenen Verhältnissen zu einem Machtfaktor geworden, der sich durch nichts hindern lassen wird, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. In der großen Umwälzung eine Gleichberechtigung der Arbeiter nicht anerkennen wollten, die sich früher bemühten, die bestehenden Machtverhältnisse privilegierter Klassen aufrecht zu erhalten und jeder Veränderung dieser Zustände im Sinn eines zeitgemäßen Fortschrittes abhold waren. Nach dem großen Scheitern, das noch in der Entwicklung begriffen ist, hat das Volk zum ersten Male entschieden, wie es regiert zu sein wünscht, als es die Wahlen zur Nationalversammlung vollzog. Keine Partei erhielt die absolute Mehrheit, und auch die beiden sozialdemokratischen Parteien ließen sich nicht einander gegenüber den anderen Gruppen in der Nationalversammlung in der Minderheit. Die Folge davon war, daß Sozialdemokratie, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei gemeinsam an der Regierung teilnahmen und die Koalition bildeten, die es überhaupt erst ermöglichte, an den Wiederaufbau heranzugehen. Man mag über die Ergebnisse dieser Politik denken wie man will, das eine steht zweifellos fest, daß es ohne eine solche Koalition nicht möglich gewesen wäre, mit Aussicht auf Erfolg das Wirken des großen Trümmerhaufens, den uns der unglückliche Krieg hinterlassen hat, zu beginnen. Die Parteien, die sich restlos auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt haben, mußten miteinander arbeiten, um zu retten, was überhaupt zu retten möglich war, ein anderer Weg war nicht gegeben.

Die kommenden Reichstagswahlen werden darüber entscheiden, ob es bei dieser Koalition bleiben soll oder nicht. Diese Entscheidung liegt auch ganz wesentlich in der Hand der Arbeiterchaft, die durch ihre große Zahl eine hohe Bedeutung für die kommenden Dinge besitzt. Jetzt darf es aber nicht mehr darauf ankommen, daß diese Arbeiterchaft negative Kritik treibt, wozu sie unter dem alten System vielfach gezwungen war, sondern nun trägt sie in besonderem Maße mit an der Verantwortung, die dem ganzen Volk auferlegt ist. Dieser Verantwortung muß sie sich bewußt sein, und es hat gar keinen Sinn, aus Prinzip oder aus sonstigen Gründen überverbalen Phantomen nachzugehen, die uns von der Wirklichkeit entfernen und unsere Wege nur verschleiern statt bessern würden. Die Verantwortlichkeit in der Arbeiterchaft, die nun ruht nach in die Entscheidung mit, nachdem wir es unglücklicherweise bereits

auf vier Arbeiterpartei in unserem Lande gebracht haben. Bietet keine Gewähr dafür, daß von dieser Seite aus in Zukunft eine einheitliche Richtung eingeschlagen werden kann, selbst wenn diese Parteien nach den Wahlen die Mehrheit der Mandate besitzen sollten. Sie könnten ihrer Einseitigkeit wegen keine tragfähige Regierung aus sich heraus bilden, dazu bedarf es der freudigen Mitarbeit der bürgerlichen Parteien, die sich offen und frei auf den Boden der Verfassung von Weimar stellen.

Über ebensowenig ist daran zu denken, daß die Rechtsparteien in der Lage sein würden zu regieren, weil sie keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Verfassung bieten, und die breiten Massen des Volkes sich einer solchen Regierung widersetzen würden. Wir werden deshalb auch in der kommenden Zeit ohne eine Koalitionsregierung im Sinne der heutigen Mehrheit kaum auskommen können, und deshalb erscheint die Mahnung an die Arbeiterchaft wichtig genug, daß auch sie dafür Sorge tragen muß, durch Abgabe der Stimmzettel eine Mehrheit zu schaffen, die das Regieren überhaupt ermöglicht, das Regieren auf streng verfassungsmäßiger, demokratischer Grundlage. Nur wenn Arbeiter und Bürger sich zusammenfinden, wird es möglich sein, die neue Regierung so zu gestalten, daß sie leistungsfähig ist und die ruhige Entwicklung als Voraussetzung des Wiederaufbaus gewährleisten kann. Ebensowenig wie eine reine Arbeiterregierung brauchbar erscheint, ebensowenig kann eine Regierung der Rechten für sich allein Deutschland zur Gesundheit verhelfen. Alle die Kräfte, die es mit der Durchführung der Verfassung ehrlich und aufrichtig meinen, müssen zusammen bemüht sein, den nun einmal im Sumpf liegenden Karren wieder in Fahrt zu bringen. Die deutsche Arbeiterchaft muß sich selbst am besten, wenn sie mit der festen Absicht an die Wahlurne herantritt, für die Stärkung der Koalition zu wirken.

Die Bedrückung der Deutschen in Malmedy

Die neuesten Nachrichten aus dem Kreise Malmedy geben ein erschütterndes Bild von den Leiden und der wirtschaftlichen Anechtung der Deutschen durch die Belgier. Zahlreiche Verhaftungen von Männern und Frauen erfolgen fortgesetzt auf den bloßen Verdacht hin, daß die Beschuldigten in privaten Umlaufkästen ihren Willen, deutsch zu bleiben, bekundet hätten. In vielen Fällen sind die Verhafteten großen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. In Rochemart ist eine Lehrerin aus der Unterrichtsstunde heraus in Haft abgeführt worden.

Gewaltige Erregung hat die soeben bekanntgewordene Abtötung der Belgier hervorgerufen, die außerordentlich reichen Wäldungen, den größten Schatz des Kreises abzuholzen. Der Holzbestand der Malmedyer Wälder, von denen alle über 45 Jahre alten Bäume ausnahmslos niedergelegt werden sollen, stellt Werte von Hunderten von Millionen dar. Viele Gemeinden des Kreises haben infolge ihres Holzreichtums bisher auf jede Steuererhebung verzichtet. Die rücksichtslose Ausschichtung der Wälder stellt unter den wirtschaftlichen Ausbeutungszielen der Belgier offenbar an erster Stelle. Die Landwirte des Kreises, die ausschließlich Viehzucht treiben, setzen sich dem Ruin gegenüber. Jede Ausfuhr des Viehes nach Deutschland ist verboten. Der Landwirt, der verkaufen muß, ist daher der Willkür der belgischen Händler bedingungslos ausgeliefert, die seine Notlage in schamloser Weise ausnützen und das Vieh zu lächerlich geringen Preisen aufkaufen.

Unberechtigte Ausweisungen.

Nach dem Mächter Volksfreund verfügten die belgischen Behörden in Eupen umfangreiche Ausweisungen. Alle Einwohner des Kreises Eupen, die nach Kriegsausbruch dorthin gezogen sind, wurden aufgefordert, sich bei den belgischen Behörden anzumelden, worauf die Mehrzahl Ausweisungsbefehle erhielt. Insgesamt sollen 2600 Personen davon betroffen werden, die innerhalb einer Woche Eupen verlassen müssen. Die deutsche Regierung unternahm Schritte bei der belgischen unter Hinweis darauf, daß Belgien durch den Friedensvertrag zu diesen Ausweisungen nicht berechtigt sei.

Der Friede für die Türkei.

Zurückdrängung bis zur Tschadaltischalinte.

Journal veröffentlicht die Hauptbedingungen des türkischen Friedensvertrages, der am 11. Mai der türkischen Delegation überreicht werden soll. Danach wird das türkische Gebiet in Europa bis auf den äußersten Punkt der Halbinsel, auf der Konstantinobel liegt, beschränkt. Die Grenze folgt der Tschadaltischalinte mit einem kleinen Umweg nach Norden, so daß der Bosphorus noch darübr ist. Dieser See ist für die Wasserversorgung Konstantinopels notwendig. In Asien geht die Grenzlinie zwischen dem eigentlichen türkischen Distrikt und dem arabischen Gebiet durch eine Demarkationslinie. Diese Linie beginnt bei der Mündung des Seihun nordöstlich des Golfes von Alexandria. Sie folgt diesem Fluß weiter und geht quer durch Bistzen zwischen Marasch und Utsch und läuft dann weiter parallel an der Bagdad-Eisenbahn 50 Kilometer

nördlich der Linie. Der Sultan erhält Kleinasien, muß aber zwei Teile davon abgeben. Auf der Seite des Kleasischen Meeres hat man den Griechen die Gegend von Smyrna gegeben, bis sie im Frühjahr 1919 besetzten. Dem Namen nach wird aber das Gebiet von Smyrna unter türkischer Souveränität bleiben. Nach 5 Jahren soll hier eine Volksabstimmung stattfinden. Armenien erhält in Batum einen Ausweg nach dem Meer. Die Regelung der armenischen Grenze steht noch nicht in den Einzelheiten fest, aber auf jeden Fall verliert die Türkei einen großen Teil des armenischen Gebietes.

Die militärischen Bedingungen lauten: Die Festungen an den Dardanellen und am Bosphorus werden geschleift. Eine internationale Zivilkommission eine internationale Militärkommission und eine internationale ständige Garnison werden die Meerenge überwachen. Die Türken werden eine Armee von 50 000 Mann, bestehend aus Freiwilligen mit langjähriger Dienstzeit, behalten dürfen, jedoch keine Kavallerie. Die finanziellen Bestimmungen besagen, daß die Gebiete, die der Türkei verbleiben, zwei Drittel der Kriegsschuld tragen müssen. Die Höhe der Wiedergutmachungssumme ist noch nicht festgesetzt. Eine internationale Finanzkommission wird eingesetzt um die osmanischen Schulden bis 1923 aufrechtzuerhalten. Was die Eisenbahn anbetrifft, so wird der Teil der Bagdadbahn, der innerhalb der Grenze der Türkei sich befindet, unter ein besonderes Regime von Frankreich, England und Italien gestellt werden. Der Teil der rein türkischen Eisenbahnen wird von einer alliierten Gesellschaft verwaltet werden.

Klärung in Mexiko.

Endlich beginnt sich die Lage in Mexiko zu konsolidieren. Carranza hat endgültig abgedankt, und damit sind die Wünsche der Revolutionäre erfüllt. Das die ganze Bewegung in Mexiko, die zur Abdankung des Präsidenten führte, von Amerika aus geführt wurde, bedarf keiner weiteren Erklärung. In Washington ist man jedoch trotz des Erfolges seiner Schützlinge, nämlich der Revolutionäre, über den leichten Sieg der amerikanischen Elemente enttäuscht. Nordamerika wollte sich nicht nur mit diplomatischen Künsten bei der Neugestaltung der mexikanischen Regierungsverhältnisse beteiligen. Die Amerikaner wollten mehr. Sie beachteten den Revolutionären im geeigneten Augenblick zu Hilfe zu kommen, wenn die mexikanischen Regierungstruppen Carranzas einige Siege über die Rebellen davongetragen hätten. Wären aber einmal amerikanische Soldaten auf mexikanischem Boden gewesen, dann hätte sie so leicht niemand wieder von dort vertreiben können. Sämtliche republikanische Senatoren der Vereinigten Staaten hatten in ihrem jüngsten Beschluß, der sich gegen den Bitterbund aussprach, zum Ausdruck gebracht, daß von nun an die Monroe-Doktrin wieder zu Ehren kommen solle. Statt also sich um Armenien und Hindostan zu kümmern, wollten die Bürger der amerikanischen Union die Ausbreitung der amerikanischen Macht über Mexiko weiter gen Süden, womöglich bis Feuerland. Die eigenartige Wendung des Kriegsglückes hat nun in Mexiko zu einer Klärung der Lage geführt, die der Monroe-Doktrin äußerst hinderlich in den Weg tritt. Die Regierung, die jetzt aus Kuba gelangt, wird zwar alles daran setzen, um mit Washington in Frieden und Freundschaft zu leben. Sie wird aber auch streng darauf bedacht sein, die mexikanische Integrität gegenüber einer amerikanischen Unneigenschaftspolitik wirksam zu verteidigen. So schafft also die Konsolidierung und Klärung der chaotischen Verhältnisse in Mittelamerika eigentlich die Grundlage für kommende Konflikte...

Kleine politische Meldungen.

Eine neue Liste der Schuldigen. In verfolgter Zustimmung in ihrer Note vom 18. Februar einsehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, der eines Kriegsverbrechens verdächtig wird, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen, haben die Alliierten der Reichsregierung gestern mit einer Note die erste Namensliste überreicht. Die Liste wird sofort dem Oberreichsanwalt übergeben werden und wird sobald die einzelnen Offiziere und genau wiederbegebenen Namen identifiziert sind, veröffentlicht werden.

Hindenburg und Ludendorff nicht auf der Liste. Wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, befinden sich auf der neuen Liste der Unterteil die Namen von 46 Personen mit genaueren Angaben der angeblichen Kriegsverbrechen. Unter ihnen befinden sich weder Hindenburg noch der Kronprinz, noch Ludendorff. Es seien in der Mehrzahl Offiziere, darunter eine Reihe von England geforderter U-Boot-Kommandanten.

Vorbereitungen in Spa. Obwohl von verschiedenen Seiten gemeldet wird, daß die Konferenz in Spa verschoben werden soll, fährt die belgische Regierung fort, Maßnahmen für den Empfang der ausländischen Delegierten in Spa zu treffen, die sie dort am 25. Mai erwartet. Jede Delegation soll ihre eigene Villa erhalten.

Deutschlands passive Rolle in Spa. Echo de Paris veröffentlicht eine Unterredung mit Millerand, in der der französische Ministerpräsident seine Auffassung zu der Konferenz in Spa dahin ausspricht, daß er den Deutschen keine Rechte zubestehen könne, an der Interpretation der im Versailler Vertrag ihnen auferlegten Verpflichtungen mitzuwirken.

Abzug der Belgier aus Frankfurt? Die Wost. Ztg. meldet aus Mainz: Am Dienstag verabschiedete hier mit familiärer Heimlichkeit, die belgischen Besatzungstruppen in Frankfurt wurden am Sonnabend, den 10. Mai, Frankfurt verlassen. Man

Handung
Quelle
Strafe
Küche
Garten